

TAGUNG IN BERLIN

Junge Union sucht Deutschland-Konzept

Zehn Thesen verabschiedet — Bundeskanzler betont Führungsrolle der CDU/CSU

Von unserem Korrespondenten

v.C. Berlin, 19. November

Zehn Thesen zur deutschen Frage hat die Junge Union am Sonntag in Berlin zum Abschluß ihres Deutschland-tages verabschiedet. Die Delegierten, zu denen auch Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger gesprochen hatte, beauftragten den neugewählten Vorstand, ein deutschlandpolitisches Aktionsprogramm vorzubereiten.

Die Thesen bekräftigen die Grundpositionen der CDU/CSU und fordern unter anderem den Einklang zwischen „wohlverstandenen nationalem Interesse“ und internationaler Solidarität, eine optimale Bündnis- und Sicherheitspolitik bei einer Reform der NATO zu einem partnerschaftlichen europäischen Verteidigungssystem mit den USA. Gleichzeitig müsse Deutschland eine neue mitteleuropäische Funktion finden.

Ferner wird die Verteidigung der Rechtslage Berlins als einer der wichtigsten Bestandteile der deutschen Politik bezeichnet. Nach Ansicht der Jungen

Union, der unter anderen etwa 15 Prozent der christlich-demokratischen Bundestagsabgeordneten angehören, sollten die Berliner Vertreter mit vollem Stimmrecht in den Bundestag gewählt werden. Bei entschiedener Ablehnung einer Anerkennung Ostberlins seien alle Verhandlungen akzeptierbar, die keine Aufgabe der unterschiedlichen Positionen verlangten und nur menschlichen Erleichterungen dienten. Generell wird die CDU/CSU aufgefordert, alle innen- und außenpolitischen Planungen wissenschaftlich auf ihre Relevanz zur Deutschlandfrage zu prüfen.

Mit großer Mehrheit billigte der Deutschlandtag das Verlangen nach einem „harmonisierenden Mehrheitswahlrecht“, das schon 1969 gelten soll. Es sieht für jedes gewonnene Direktmandat ein zusätzliches Listenmandat vor. Der am Samstag mit 111 von 169 Stimmen zum dritten- und letztmalig gewählte Bundesvorsitzende der Jungen Union, der Bundestagsabgeordnete Egon Alfred Klepisch, wandte sich am Sonntag vor Journalisten nochmals gegen eine Fortsetzung der Großen Koalition über 1969 hinaus. Er deutete an, daß in Bonn ein Initiativantrag für das Mehrheitswahlrecht gestellt werde, falls nicht bis zum März nächsten Jahres die Bundesregierung einen Gesetzentwurf einbringe.

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger hatte am Samstag die radikalen Zwischenfälle in Berlin scharf kritisiert. Er sagte, er wolle es nicht wieder erleben, daß ihm Botschafter erklärt werden, unter den gegenwärtigen Umständen könnten sie einen Berlin-Besuch ihrer Staatsoberhäupter oder anderer Politiker nicht befürworten.

Mit den Worten „Der Motor der Großen Koalition und die Führungskraft in dieser Koalition ist und bleibt die CDU“, rief der Bundeskanzler die rund 280 Delegierten zu einem Sturm demonstrativen Belfalls hin. Kiesinger nahm damit zum SPD-Bundestagskongress Stellung wie zu einer Bemerkung des SPD-Vorsitzenden und Bundesaußenministers Willy Brandt, der Kanzler wider ihm keine der SPD-Auffassung widersprechenden Weisungen erteilen. Er als CDU-Versitzender habe „ein Interesse daran, daß

unser Koalitionspartner bis 1969 gesund bleibt“, meinte Kiesinger jedoch.

Die Einigung Westeuropas bezüchtigt der Bundeskanzler als Vorstufe einer in einen Ost-West-Ausgleich eingebetteten Lösung der deutschen Frage. Die veränderten Ziele der Bundesrepublik seien daneben die Einbeziehung Großbritanniens in das europäische Einigungswerk und schließlich auch der politische Zusammenschluß der Völker Europas.

Unter Hinweis auf die Hallstein-Doktrin betonte Kiesinger, die Anerkennung des SED-Regimes werde Bonn weiterhin als „unfreundlichen Akt“ betrachten, falls nicht „ganz ungewöhnliche Umstände“ vorlägen. Nachdrücklich fügte der Kanzler hinzu: „Wir wissen, was Doktrin und praktische Politik sind.“

Der CDU-Generalsekretär, Bundesminister Bruno Heck, hatte in Grußworten an den Deutschlandtag der Jungen Union die Prüfung angeregt, das Mehrheitswahlrecht nicht erst 1973, sondern schon zur nächsten Bundestagswahl einzuführen. Vor Journalisten ließ Heck jedoch später eine starke Zurückhaltung in dieser Frage erkennen. In der Pressekonferenz kündigte er an, er wolle sich dafür einsetzen, den CDU-Bundestag im kommenden Jahr in Berlin abzuhalten. Bei diesem Treffen soll das Aktionsprogramm der CDU/CSU für die nächste Jahrzehnt verabschiedet werden.

In einer scharfen Erklärung hat die SPD am Sonntag in Bonn die kritischen Äußerungen von Bundeskanzler Kiesinger auf dem Deutschlandtag der Jungen Union zurückgewiesen. Der stellvertretende Vorstandssprecher Alfred Aden erklärte zu der Bemerkung des Kanzlers, die CDU wünche ihrem Koalitionspartner, daß er „bis 1969 gesund bleibt“, die SPD bedürfe „keiner gönnerhaften Wünsche“. Die Partei sei 105 Jahre alt und habe „sie und die in ihrer Geschichte auftretende Unpäßlichkeiten in jedem Falle überwunden“. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Peter Cortier, sagte in Bonn, die Junge Union wisse ein „erschreckendes Maß an reaktionärem und autoritärem Denken“ erkennen.

Gesamtvorstand für CDU Niedersachsens?

Von unserem Korrespondenten
R.S. Bad Pyrmont, 19. November

Der angestrebte Zusammenschluß der drei CDU-Landesverbände in Niedersachsen (Hannover, Braunschweig, Oldenburg) zu einem einheitlichen Landesverband wird vermutlich nicht im ersten Anlauf zu erreichen sein. Wie der präsidierende Vorsitzende der niedersächsischen CDU, Otto Fricke, auf dem Parteitag des CDU-Bezirks Hannover mitteilte, sind zurzeit Gespräche über einen Satzungsentwurf in Gange, der zunächst eine Zwischenlösung anstrebt.

Dabei soll erreicht werden, daß im nächsten Frühjahr auf dem Parteitag der CDU in Niedersachsen ein Gesamtvorstand mit entsprechenden gemeinsamen Organen gewählt wird, ohne daß die drei Landesverbände zu diesem Zeitpunkt schon aufgelöst werden.

Die Vereinheitlichung stößt vor allem in Oldenburg noch auf Widerstand. Ob für die Übergangslösung noch einmal der langjährige präsidierende Vorsitzende Fricke oder schon ein neuer Mann die Führung der niedersächsischen CDU übernimmt, ist vorerst noch unklar. Als Nachfolger sind der 43jährige Landwirtschaftsminister Wilfried Hasselmann und der 57jährige Fraktionsvorsitzende Bruno Brandes im Gespräch. Dabei scheint Hasselmann die größeren Chancen zu haben.

Dutschke für Annäherung SDS und SED-Westberlin

Berlin, 19. November (AP)

Ein „Abbau der Vorurteile gegenüber der SED-Westberlin“ und eine Überprüfung der Position des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) „gegenüber der SED-Westberlin“ sind auf einer Landesvollversammlung des SDS Berlin am Wochenende von mehreren studentischen Rednern gefordert worden.

Der „Chefideologe“ des SDS, Rudi Dutschke, sprach in diesem Zusammenhang erstmals von der Möglichkeit „gegenseitiger Eintritte“ in die eine oder andere Organisation. Bisher hatte der SDS weder Mitglieder der SED-Westberlin noch der kommunistischen „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) aufgenommen.

Mehr Einfluß für Studenten der Universität Tübingen

Tübingen, 19. November (dpa)

An der Universität Tübingen werden nach einer Entscheidung des Großen Senats künftig den Beschlußgremien der Fakultäten nicht nur wie bisher Lehrstuhlinhaber, sondern auch Vertreter der außerordentlichen und außerplanmäßigen Professoren, des akademischen Mittelbaus, der Assistenten und der Studenten mit Sitz und Stimme angehören. Dadurch erhalten die Gremien zwischen zehn und 13 neue Mitglieder. Nur den Berufungsgremien für neue Lehrstühle werden keine Studenten angehören. Tübingen hat sich mit diesem Schritt nach Meinung ihres Rektors, Professor Gottfried Möllenstedt, und des ASTA-Vorsitzenden Detlev Fuchs in die „vorderste Reihe der reformfreudigen Hochschulen“ gestellt.

Lübke bei Feier zum Volkstrauertag

Hamburg, 19. November

Die Menschen in der Bundesrepublik gedachten am Sonntag, dem Volkstrauertag, der Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft.

Schon am Samstagabend hatten Bundespräsident Heinrich Lübke, Innenminister Paul Lübke und der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Walter Trepte, die Opfer bei einer Feier am Ehrenmal im Bonner Hofgarten geehrt.

Zahlreiche Angehörige von Kriegstoten aus beiden Weltkriegen waren mit der Deutschen Kriegsgräberfürsorge in Kassel zu den großen deutschen Soldatenfriedhöfen in Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg gefahren.

STUDENTEN

„Lacht nicht so dumm — hier geht es um Kampf“

„Kritische Universität“ auch in Hamburg gegründet — Abweichung vom Berliner Modell?

Von unserem Redaktionsmitglied PAUL LERSCH

Hamburg, 19. November

Leuchtend rot die Krawatte, leicht gerötet auch das Gesicht, so beugte er sich über die Mikrophone. Als „ungekrönter König des Hamburger ASTA“, der sogar unter Professoren den Ruf genießt, seine Rede sei — ihrer zahlreichen Fremdwörter wegen — außerordentlich schwer zugänglich, agierte er am Rednerpult: Der Stellvertretende Bundesvorsitzende des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), Jens Litten, der sich selbst gern als „revisionistischer“ Gegenspieler des populären Rudi Dutschke versteht, gründete in Hamburg „seine“ Universität.

In einer Vollversammlung der Studenten, die sich der „Kritik der reifen Universität“ verschrieben hatte, entwarf er ein Programm, erfüllt von dem Glauben an die Kraft der praktischen Vernunft. Was er in seinem „Antrag“ hektographiert auf gelbem Papier, von den Studenten forderte, war eine Art nachträgliches Mandat für eine Institution, die schon ihre ersten Lebenszeichen in Vorlesungen, Kolloquien und Vorträgen von sich gegeben hat.

Ein „Stück praktizierter Studienreform“ soll sie sein, die „kritische Universität“, kurz KU genannt. Viel Verständnis fand Litten mit seiner Kritik an den Massenvorlesungen der „mittelalterlichen Zunfttherren“: „Die Lehrkapazität wird verschwendet, die sinnvoller in kleinen Gruppen verwendet werden könnte.“ Skripten forderte er an Stelle von Vorlesungen. Beispielhaft sollen jetzt in den KU-Seminaren neue Lehrmethoden getestet werden. Der im üblichen Lehrbetrieb herrschende „Autoritätsdruck“ soll abgebaut werden. „Herrschaftsfreier Dialog“ heißt Littens Parole.

Schon in diesem Sprachgebrauch werden theoretische Korsettstangen sichtbar, an denen die versammelten Studenten nicht durchweg ihre Freude hatten. In einem Gutachten zur Berliner

KU wurde der Vorwurf klar ausgesprochen: Die Annäherung an das bewußt parteiische Verhalten totalitärer Ideologien; das Ergebnis der angeblichen Untersuchungen liegt schon im Vorhinein fest.

Diesem ernsthaften Einwänden brauchte sich Litten freilich nicht zu stellen, weil seine Gegner die Ebene von Vereinsmeiern nicht verließen. Einem Kommilitonen war aufgefallen, daß im KU-Verzeichnis „nur Marcuse und Mao und solche Sachen“ angekindigt waren und als Dozenten „lauter Leute vom SDS und SHB“. Treuherzig versicherte ihm Litten: „Die KU ist nicht die politische Milchkuh von Studentenverbänden.“

Gegen den Vorwurf der Politisierung haben sich die Gründer im Vorwort des KU-Verzeichnisses schon abzusichern versucht. Lehrstühle für „Leerstellen“ wollten sie einrichten. Solche „Leerstellen“ haben sie vor allem bei den Juristen, den Politologen, den Volkswirten und den Psychologen entdeckt. Die politischen Gehalte, so sagen sie, seien in diesen Disziplinen ausgespart. Was ist daran geschichtsbedingte? wollen sie in ihrem Kontrastprogramm fragen. Was ist überholt und irrational? Gegen den „unreflektierten Positivismus“ wenden sie sich, gegen die „Verwechslung erlassener Gesetze etwa mit denen, die wir brauchen“. Die Rede von der „Politisierung“ aber halten sie für irreführend, weil sie sich der Einsicht in den prinzipiell politischen Charakter aller Wissenschaft sperre. Viel ernster nehmen sie die Gefahr der Esoterik, die Gefahr also, daß die Gründer mit ihren Gesinnungstreuen unter sich bleiben.

Stolz verkündete Litten zwar, zwei Angestellte, eine Hausfrau, ein Postschaffner und Studenten vom ersten bis siebzehnten Semester seien in seinem Seminar erschienen. Mit dem DGB ist schon ein „Arbeiterseminar“ für das kommende Semester vereinbart. An dieser schwachen Flanke aber geriet er ins Feuer des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Ihrem „Image“ fühlen sie sich auf beinahe konformistische Weise verpflichtet: Mit Bart und unrastrt, ohne Krawatte jedenfalls, in Pullovern und offenen Hemden war die Verwandtschaft von Rudi Dutschke gekommen. Image belastet aber auch: Die „Genossen“ vom SDS, die zwei Tage zuvor noch ausgehöhlt worden waren, als

sie sich „Vertreter der Studentenschaft“ nannten, haben an diesem Abend eine taktische Schwenkung vollzogen.

„Lacht nicht so dumm“, hatte Peter Schütt, SDS-Literat, seinen Leuten schon beim Teach-in mit dem Rektor zugezischt, „das ist kein Vergnügen, sondern Kampf.“ Jetzt kamen sie ob Bürgerschreck-Attitüde und Bulhmann-Manieren, ohne Farbbeutel und Luftballons. Sie verteilten ein Bündel von durchaus diskutablen Anträgen. Sie zeigten sich — mit einem Wort — konstruktiv.

Das „revisionistische“ KU-Programm Littens nannte Karl-Heinz Roth, der das SDS-Papier begründete, eine „Satzbefriedigung“, die nur den Kampf um die Hochschulreform behindere. In den „autoritätsfreien Kontrastzirkeln“ so dozierte er, werde die Misere kompensiert. Die KU dürfe deshalb nicht kritische Ergänzung bleiben. Sie müsse den bestehenden Lehrbetrieb verändern. Zwei Tage zuvor hatte Erhard Neßer mann, der bei anderen SDS-Auffrtritten Seifenblasen pustet, diesen Kontrast noch drastischer ausgemalt: „Die bestehende Universität muß radikal verändert werden.“

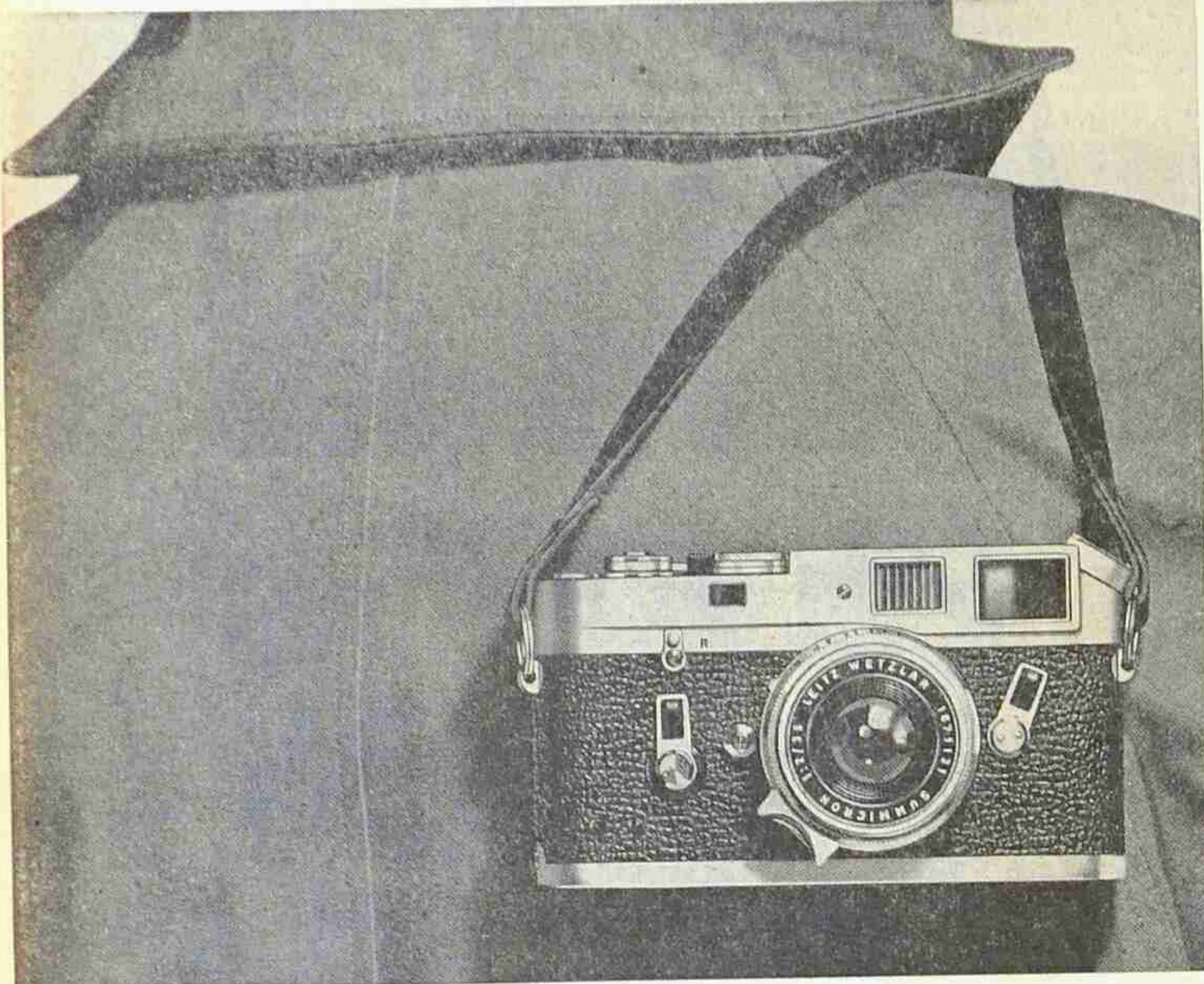
Litten hat das nachträgliche Mandat für „seine“ Universität bekommen. Aber auch der SDS kann zufrieden sein. Die Vollversammlung hat seinen Antrag zur Urabstimmung über die Frage gebilligt, ob der Rektor noch „akzeptabel“ sei. Sie hat den ASTA-Vertretern, die aus dem letzten Sitzung des Akademischen Senats hinausgesetzt worden waren, die „Geleit“ für den nächsten Termin geschickt. Das aber sind Artikel aus dem neumodischen Katalog von „plebiszitären Aktionen“.

Schon der Gedanke des nachträglichen Mandats macht deutlich, wie sich radikal-demokratische Vorstellungen an dem Universitätsgelände einbürgern. Nichts von alledem ist in der Satzung vorgesehen. Die Studenten aber wollen sich dieser Mittel mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit. „Nicht um Selbstbestimmung bitten, Selbstbestimmung praktizieren“, heißt die versärferte Parole. Die kindliche Lust der letzten Tage am anonymen Radau, der kannibalen Appetit auf „etablierte Professoren sind etwas vergangen. Übriggeblieben sind ein gesteigertes studentisches Selbstbewußtsein, ein neues Gefühl der Solidarität und auch eine Spur rechter revolutionärer Stimmung.“



Jens Litten Foto: Conti-Press

Besondere Kennzeichen:



Leica M4 mit Summicron 1:2/35 mm

Das könnte in seinem Paß stehen. Hat man ihn je ohne LEICA gesehen? Schon sein Vater hat es so gemacht. Die LEICA erschließt die Welt, ihm und seiner Familie. Mit der LEICA hält er seine Eindrücke fest. Zu Hause projiziert er sie leuchtend und brillant mit dem vollautomatischen Kleinbildprojektor PRADOVIT color. Fragen Sie Ihren Fotohändler. Er führt Ihnen gern alles vor und erklärt Ihnen die LEICA und ihre wichtigsten Vorzüge:

Die weltbekannte Schärfefeistung durch Leitz-Wechselobjektive.

Die schnelle Schußbereitschaft durch Meßsucher, Film-Schnellschalthebel und griffgünstigen Auslöser.

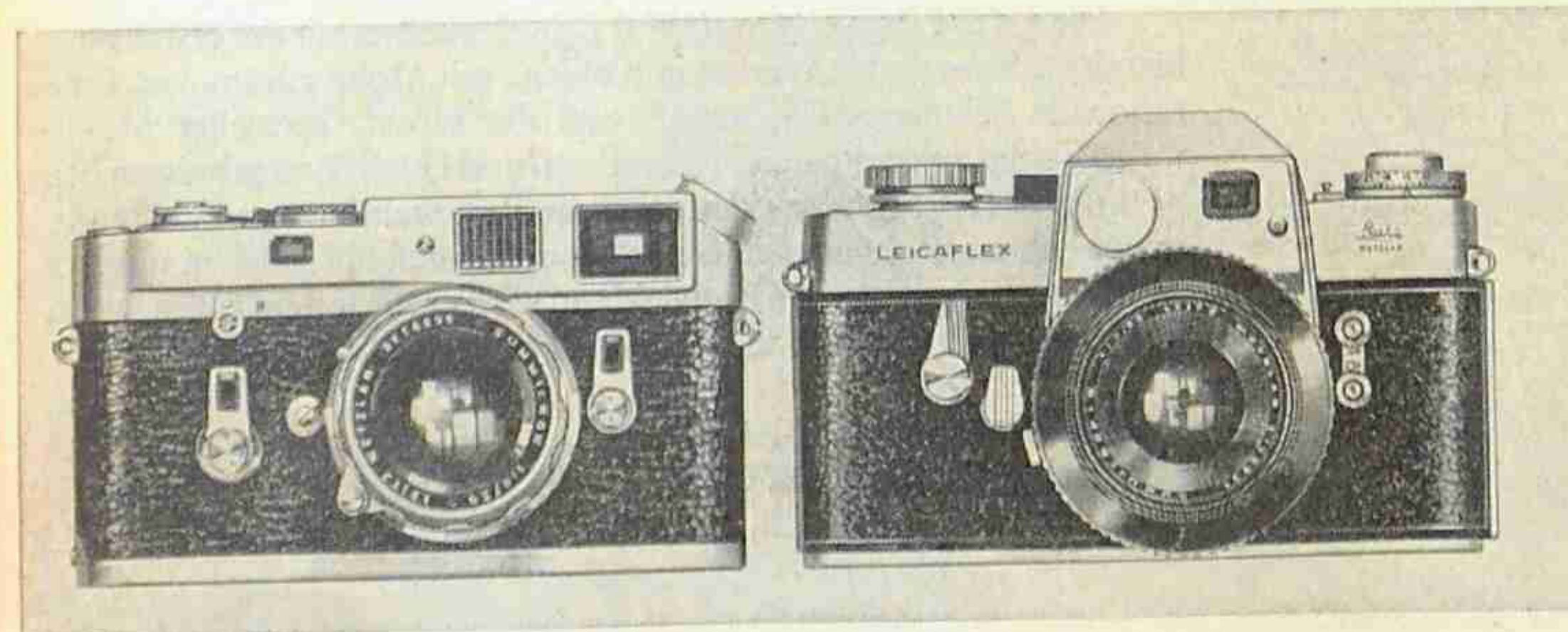
Der leise, unauffällige Verschußablauf.

Die hohe Funktionssicherheit und Lebensdauer.

Die einfache Handhabung mit dem neuen LEICA-M 4-Filmschnellwechsel-System.

Der LEICA entsprechen die Vorzüge der LEICAFLEX, der Spiegelreflex-Kamera mit dem strahlend hellen Sucherbild. Lassen Sie sich beide vorführen in einem Fotofachgeschäft, das die persönliche Beratung pflegt. Hier erhalten Sie zugleich „Leica-Fotografie“, die internationale Zweimonatszeitschrift. Prospekte auch von Ernst Leitz GmbH, 633 Wetzlar.

Die neue LEICA M4. Mit Summicron 1:2/50 mm DM 1245, — LEICAFLEX mit Summicron-R 1:2/50 mm DM 1578, —



Das Kennzeichen optischer Präzisionsgeräte